

## **EU-Personenfreizügigkeit gefährdet Wohlstand**

**Die Schweiz hat die weitaus höchste Einwanderungsrate sämtlicher Industrienationen. Allein im Jahr 2007 ist die Bevölkerung unseres kleinen Landes um 74'000 Menschen gewachsen. Dies ist fast ausschliesslich auf die EU-Personenfreizügigkeit zurückzuführen. Mit deren Fortsetzung und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien wird die Zuwanderung noch weiter ansteigen, ohne dass die Schweiz sie noch begrenzen kann.**

Seit dem 1. Juni 2007 haben wir die Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten. Die Folgen sind überall sichtbar: Monat für Monat ziehen tausende zusätzliche ausländische Arbeitskräfte ins Land. Trotz «flankierenden Massnahmen» arbeiten viele billiger, ja zu Dumpingpreisen. Zudem wird auch wegen der enormen EU-Zuwanderung unser Wohnraum knapp und teurer.

### **Arbeitslosigkeit importieren?**

Die Arbeitslosenraten in Deutschland und weiteren EU-Ländern sind hoch und der Wille auszuwandern stark. Im Grenzkanton Tessin sind ab 1.6.2007 innert nur vier Monaten rund 3'500 Personen zum kurzfristigen Arbeiten eingereist, viele davon als «selbständig Erwerbende». Für den Kanton Tessin entspricht dies einem explosionsartigen Wachstum der Zuwanderung. In Genf ist die Zahl der Grenzgänger aus Frankreich sofort um mehrere tausend Personen angestiegen. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien wird eine weitere Welle von Arbeitslosen aus dem Ausland in der Schweiz ihr Glück versuchen. Dabei haben wir doch selber über 100'000 Arbeitslose!

### **Lohndumping und Sozialdruck**

Mit der Personenfreizügigkeit können Ausländer mit beliebig grossen Familien einwandern. Manche sind vom ersten Tag an nicht in der Lage, ihre Familie zu unterhalten. Sie zehren von unserem Sozialhilfegeld, das doch für Schweizer bestimmt sein soll. Zudem werden zahlreiche selbständig Erwerbende in die Schweiz kommen und das einheimische Gewerbe konkurrenzieren.

## **Problematische Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien**

Besonders die Zuwanderung aus Rumänien bringt uns grosse Probleme, da dort viele Menschen, insbesondere sog. «Roma», in grösster Armut leben. Bei einem «Ja» zur Personenfreizügigkeit wird die Schweiz bei künftigen EU-Erweiterungen aus dem Balkan kaum mehr «Nein» sagen können. Die Schweiz ist für Zuwanderer aus dem Balkan attraktiv, da schon grosse Bevölkerungsteile aus dieser Region bei uns leben. Stösst später auch noch die Türkei mit über 70 Mio., meist muslimischen, Einwohnern zur EU, werden wir wieder unter Druck geraten, auch ihr die Personenfreizügigkeit zu gewähren. Dann kommt es zu einer Masseneinwanderung, die unser Land nicht mehr verkraften kann.

Der Bundesrat beteuerte bei früheren Abstimmungen immer, die Bevölkerung könne frei entscheiden über neue Erweiterungsrounds und unabhängig davon auch über die generelle Weiterführung. Das Parlament hat die beiden Themen jedoch mittels Paketlösung verknüpft. Der Entscheid des Parlaments ist ein Wortbruch, der die Demokratie mit Füßen tritt. Die Paketlösung ist deshalb gefährlich, weil sie auch auf zukünftige EU-Erweiterungen (Balkan, Türkei) angewendet werden kann. Wer die Abstimmung boykottiert, hilft den Befürwortern.

**Tatsache ist: Die Schweiz verliert mit der Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien an Wohlstand. Die Arbeitslosigkeit steigt an, und auch die Kriminalitätsrate erhöht sich. Alle erfolgreichen Länder haben strenge Einreisebestimmungen. Warum wohl? Weil sie selber bestimmen wollen, wer einwandern darf! Im Übrigen wird die EU die Bilateralen wegen Rumänien und Bulgarien niemals kündigen, da das Verkehrsabkommen (Nord-Süd Verbindung) für die EU-Staaten lebenswichtig ist! Deshalb Nein zur EU-Personenfreizügigkeit!**

Für weitere Informationen: [www.jsvp.ch](http://www.jsvp.ch); [www.legaticinesi.ch](http://www.legaticinesi.ch); [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch); [www.young4fun.ch](http://www.young4fun.ch)